Universitätsabsolvent Alexandros (r.) in Athen

STEFANIE MIZARA / CORBIS

BESCHÄFTIGUNG

Verlorene Generation

Europa versagt beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung setzt auf symbolische Programme, die Südländer verteidigen die Besitzstände älterer Wählerschichten.

Stylia Kampani hat alles richtig gemacht – und weiß trotzdem nicht, was aus ihr werden soll. Die 23-jährige Griechin hat in ihrer Heimat Internationale Beziehungen studiert und sich ein Jahr an der Bremer Uni eingeschrieben. Sie absolvierte ein Praktikum im Athener Außenministerium und arbeitete für die griechische Botschaft in Berlin. Nun hospitiert sie bei der renommierten Athener Tageszeitung „Kathimerini“. Unentgeltlich. Was danach kommt? „Gute Frage“, sagt Stylia Kampani. „Ich weiß es nicht.“

„Niemand von meinen Freunden glaubt, dass wir eine Zukunft haben oder ein normales Leben führen können“, sagt Kampani. „Vor vier Jahren war das noch anders.“

Vor vier Jahren – das war die Zeit vor der Euro-Krise. Inzwischen hat die griechische Regierung Sparprogramme in Serie verabschiedet, und niemand ist davon mehr betroffen als die Jugend. Seit Monaten hat dort mehr als jeder Zweite der unter 25-Jährigen keinen Job. In Spanien, Portugal oder Italien ist die Lage ähnlich dramatisch. Insgesamt, so meldet die Statistikbehörde Eurostat, ist die Arbeitslosenquote der jungen Erwachsenen in der EU auf 23,5 Prozent geklettert. In Europa wächst eine verlorene Generation heran. Und die Regierungen hören ratlos zu, wenn Leute wie der Athener Uni-Absolvent Alexandros sagen: „Wir wollen Griechenland nicht verlassen, aber wir sind müde und deprimiert von der dauernden Unsicherheit.“

Statt wirksame Bildungsprogramme aufzulegen, die Südeuropas Jugend auf ein Berufsleben nach der Krise vorbereiten könnten, führten die politischen Eliten des Kontinents lieber alte ideologische Schlachten. In der Brüsseler EU-Kommission mehrten sich Rufe nach traditionellen Konjunkturprogrammen. Die Regierungen der Schuldenländer hatten eher die Besitzstände ihrer vorwiegend älteren Wählerschaft im Blick. Und die Gläubigernationen im Norden wehrten vieles ab, was Geld kosten könnte.

So verspielte Europa wertvolle Zeit, bis die Regierungen Anfang des Monats durch einen mehr als nur bedrohlichen Rekord aufgerüttelt wurden: Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen ist in Griechenland auf über 60 Prozent gestiegen.

Nun flüchtet sich Europa in hektischen Aktionismus. Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni soll das Thema ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Und Italiens neuer Ministerpräsident Enrico Letta poltert, der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit müsse für die EU „zur Besessenheit“ werden.

Es sind starke Worte, die nun in den europäischen Hauptstädten zu hören sind. Nur, bislang fehlt es an Taten.

So will die EU bis 2020 für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit rund sechs Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. Das hatte der Europäische Rat schon im Februar beschlossen und das Paket mit einer symbolträchtigen Jobgarantie verknüpft. Doch bis heute streiten die Mitgliedsländer, wie die Milliarden sinnvoll eingesetzt werden können. In diesem Jahr kann das Paket nicht mehr starten. Der Beginn ist erst für 2014 geplant.

Genauso nebelhaft bleibt der jüngste deutsch-französische Vorstoß. Die Regierungen in Berlin und Paris wollen Südeuropas Arbeitgeber mit Geld ködern. Wer Jugendliche einstellt oder ausbildet, soll einen Kredit der Europäischen Investitionsbank (EIB) erhalten. Das Konzept soll Ende Mai vorgestellt werden. Stark macht sich dafür vor allem Arbeitsministerin Ursula von der Leyen.

Dabei beschränkte sich die deutsche Krisenhilfe bisher vor allem darauf, Fach-

kräfte in Griechenland, Spanien oder Portugal anzuwerben. Doch inzwischen bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass die Arbeitslosenzahlen in Athen oder Madrid die Demokratie gefährden und der Euro-Zone den Todesstoß versetzen könnten. Vielleicht muss man ein gewisses Alter erreicht haben, um das zu erkennen. „Wir brauchen ein Programm zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Barroso hat versäumt, das ins Leben zu rufen“, sagt Altkanzler Helmut Schmidt, inzwischen 94 Jahre alt. „Das ist ein Skandal sondergleichen.“

Auch Ökonomen fordern, dass Europa endlich handeln müsse. „Die Langfristaussichten der Jugendlichen sind in den Krisenländern ziemlich düster. Damit steigt die Gefahr der Radikalisierung einer ganzen Generation“, warnt Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. „Es war ein Fehler, dass die Politik so lange tatenlos zugesehen hat“, mahnt auch Michael Hüther, Chef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft. Und Wolfgang Franz, Ex-Vorsitzender der fünf Wirtschaftsweisen, konstatiert: „Wir brauchen unkonventionelle Mittel.“ Jugendarbeitslosigkeit sei eine Wunde, die hässliche Narben hinterlasse. „Wer in jungen Jahren arbeitslos ist, muss ein Leben lang mit schlechteren Berufsaussichten und niedrigeren Löhnen kämpfen.“

In Berlin konzentriert sich die Bundesregierung nun darauf, den Anschein größtmöglicher Aktivität bei niedrigsten Kosten zu erzeugen. So lässt sich auch der deutsch-französische Vorstoß für neue Hilfen lesen. Der Trick: Die sechs Milliarden Euro aus dem EU-Jugendhilfsprogramm sollen über den Umweg der EIB an Unternehmen geleitet und so wie durch Zauberhand vermehrt werden. Am Ende könne der zehnfache Betrag in Umlauf gebracht und die Kreditklemme vieler südeuropäischer Kleinbetriebe beendet werden, so die Spekulationen.

Allerdings kann sich selbst die EIB nicht so recht vorstellen, dass auf diese Weise tatsächlich 60 Milliarden Euro zusammenkommen. „Die Zahl kommt nicht von uns“, heißt es in Luxemburg. Realistisch erscheinen für die nächsten Jahre eher 20 bis 30 Milliarden Euro.

Ohnehin bleiben Zweifel, was allgemeine Geldspritzen ausrichten können. Schon die ersten Maßnahmen aus Brüssel versickerten wirkungslos. Im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission den Krisenstaaten ein Versprechen gegeben: Sie durften nichtabgerufene Mittel aus Strukturfonds nutzen, um Projekte zur Beschäftigung junger Arbeitsloser aufzulegen. 16 Milliarden Euro wurden bis Jahresbeginn beantragt. Davon sollten 780 000 Jugendliche profitieren. Die Erfahrungen sind ernüchternd. Konkrete Erfolge? Fehlanzeige

Eilig arbeitet das deutsche Kabinett daher an einer anderen – kostengünstigen – Lösung. Am Montag der vorvergangenen Woche berief das Bildungsministerium einen Runden Tisch ein. Beamte aus neun Ressorts und Verbandsvertreter berieten darüber, wie sich das Modell der dualen Berufsausbildung in Krisenländer exportieren ließe. Schließlich preisen Unternehmen die betriebsnahe deutsche Lehre als vorbildlich und beklagen das verschulte System in Südeuropa.

Nun sollen die Krisenländer unterstützt werden, „Elemente dualer Berufsausbildung nach Bedarf in ihr jeweiliges System einzupassen“. So steht es im Entwurf für ein Positionspapier, über den das Kabinett im Juni beraten will. Beim Bundesinstitut für Berufsbildung will die Regierung eine neue „Zentralstelle für internationale Bildungskooperationen“ einrichten. Sie soll bei Bedarf auch Mitarbeiter in die Krisenländer entsenden. Zehn neue Stellen stehen dafür bereit.

Ökonom Wolfgang Franz hält den Ansatz für richtig. „Gerade in den Krisenländern müssen wir die Ausbildung verbessern.“ Allerdings gibt es da etwas, was ihn ärgert: „Damit hätten wir schon viel eher beginnen müssen.“ Und das gelte auch für die Problemstaaten selbst, die viele Reformen verschlafen hätten.

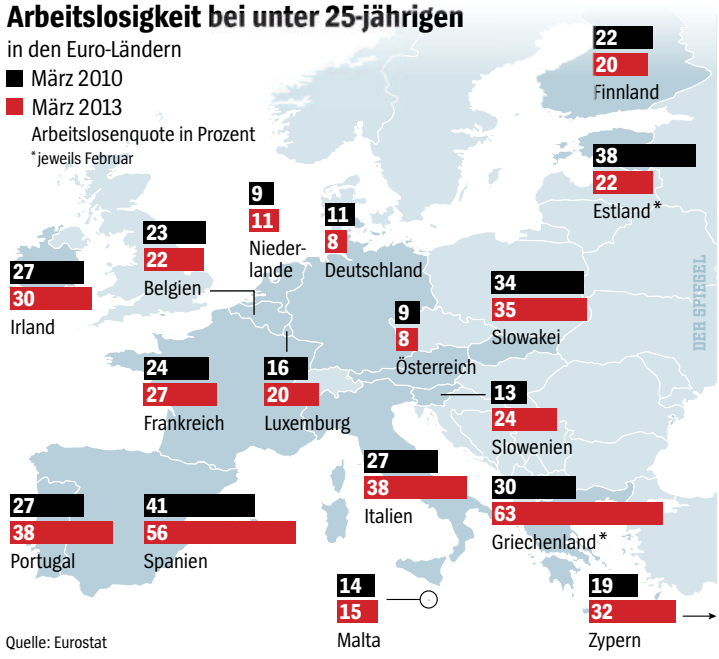
Spanien etwa ist seit Jahren in Europa das Schlusslicht in Sachen Bildung, es hält mit 24,9 Prozent den traurigen Rekord an Schulabbrechern in der EU. Paradoxerweise kürzte die konservative Regierung 2012 ausgerechnet im Bildungswesen zehn Milliarden Euro. Auch die Steuerhilfen für Unternehmen, die Berufseinsteiger einstellen, strich die Regierung zusammen. Dabei ist das Gros der insgesamt 6,2 Millionen Arbeitslosen in Spanien schlecht ausgebildet.

Spaniens Problem ist die Teilung der Arbeiter in zwei Klassen: Wer eine Stelle hat, war seit der Franco-Diktatur durch einen starren Kündigungsschutz nahezu unkündbar. Die Jungen dagegen mussten sich vielfach mit Gelegenheitsjobs fast ohne soziale Absicherung zufriedengeben. Sie traf die Krise als Erste. Wer einen Job hatte, verlor ihn. Wer noch keinen hatte, sollte auch keinen mehr finden. Auch wenn er so qualifiziert ist wie der 25-jährige Spanier Ignacio Martín.

Er hat ein Doppelstudium der Politologie und des Rechts an der renommierten Universität Carlos III. abgeschlossen, danach arbeitete er als Rechtsbeistand für Einwanderer. Kostenlos. Inzwischen hat er mit zwei Freunden die Rechtsberatung einer kleinen Schauspielergewerkschaft übernommen. 950 Euro bekommen sie monatlich dafür. Noch nicht einmal ein Zimmer in der Hauptstadt kann sich Martín leisten. Er lebt bei seiner arbeitslosen Mutter in der Vorstadt Aravaca.

Wer die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen will, muss vor allem den gespaltenen Arbeitsmarkt reformieren. Doch dabei sind die Krisenländer kaum vorangekommen, wie eine interne Übersicht der Bundesregierung belegt. Dem Krisenland Portugal bescheinigen die Beamten lediglich, „weiter Effizienzreserven im Schulsystem“ zu haben. Und auch in Griechenland können die Experten nur wenige Fortschritte erkennen – etwa einen Plan zur „Förderung junger arbeitsloser Frauen“.

In Italien ist das Krankheitsbild besonders ausgeprägt. Ältere mit nahezu unkündbaren Verträgen sitzen auf den Posten, die für jüngere Beschäftigte unerreichbar sind. „Ich will nicht prekär sterben“ lautete im November der Spruch auf dem T-Shirt eines Demonstranten in Neapel.

In Athen denkt die junge Akademikerin Stylia Kampani inzwischen an einen Neubeginn. Sie überlegt, wieder nach Deutschland zu ziehen. Und diesmal, fügt sie hinzu, womöglich für länger.

Sven Böll, Markus Dettmer, Fiona Ehlers, Manfred Ertel, Cornelia Schmergal, Helene Zuber